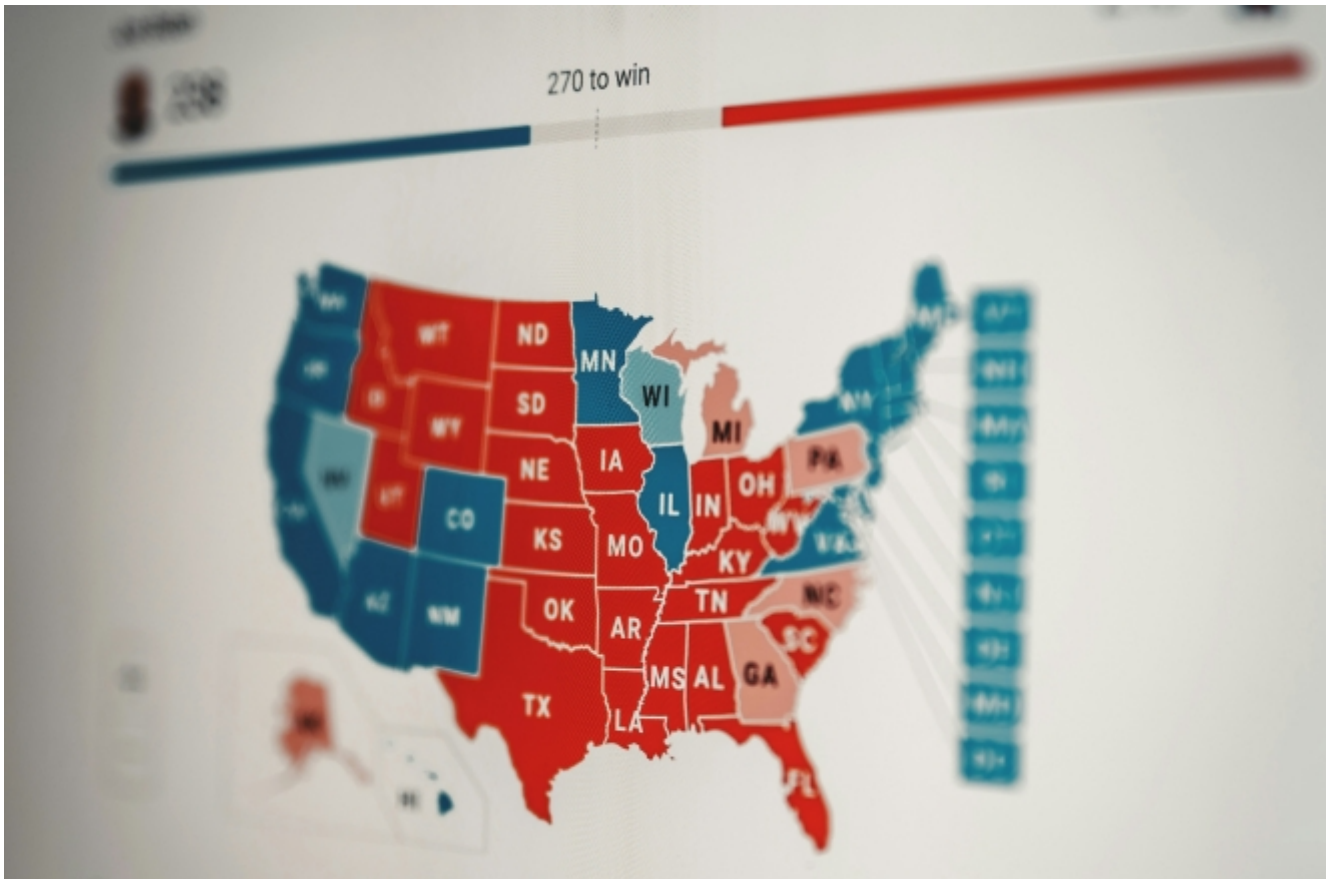


Gefahren für die Demokratie und den Rechtsstaat



Der christliche Nationalismus steht im Widerspruch zur Idee einer pluralistischen Demokratie

Quelle: Unsplash / Clay Banks

Die jüngsten Tragödien in den USA, darunter das Attentat auf Charlie Kirk, rücken christlichen Nationalismus und Dominionismus ins Rampenlicht. Zeit für eine nüchterne Analyse der Gefahren auch hierzulande. Ein Kommentar von Marc Jost.

Christlicher Nationalismus ist eine schädliche politische Ideologie. Sie liegt vor, wenn ein Nationalstaat oder eine politische Partei mit dem christlichen Glauben gleichgesetzt oder verwechselt werden. Der «König» darf nicht zu Gott werden, sonst wird Nationalismus zum Götzendienst.

Diese Dynamik ist gefährlich. Wenn religiöse Überzeugungen zur Legitimation politischer Machtansprüche missbraucht werden, entsteht ein Nährboden für Extremismus. Im schlimmsten Fall kann dies zur Infragestellung demokratischer

Prozesse führen, wie das der Sturm auf das Kapitol in Washington DC im Januar 2021 auf schockierende Weise zeigte. Viele Beteiligte verstanden ihre Aktion als «heiligen Krieg». Glaube wurde zum Instrument politischer Gewalt.

Das Mandat zur Herrschaft statt der Auftrag zum Dienst

Auch jenseits offener Gewalt zeigt sich die Vermischung von Glauben und Herrschaft in neuen, oft theologisch verdeckten Formen. Eine der einflussreichsten Ideen in diesem Zusammenhang ist das neu interpretierte «Seven Mountains Mandate».

Das Konzept der «Sieben Berge», das in den 1970er-Jahren von den christlichen Leitern Bill Bright und Loren Cunningham entwickelt wurde, hatte ursprünglich eine positive und biblische Motivation. Es war eine wichtige Reaktion auf einen damals verbreiteten Rückzug von Christen aus der Gesellschaft. Statt sich in religiösen Enklaven zu verschanzen, war es ein Aufruf, gemäss dem Gebot aus Jeremia 29,7 «Suchet der Stadt Bestes!» in allen sieben gesellschaftlichen Bereichen «Salz und Licht» zu sein.

In Teilen der heutigen Bewegung hat sich der Sinn dieses Mandats jedoch verschoben. Aus dem Auftrag zur Mitgestaltung ist ein Anspruch auf Kontrolle geworden: der so genannte «Dominionismus». Führende Vertreter dieser Strömung deuten den Gedanken der christlichen Verantwortung in Richtung Herrschaft um und propagieren eine Strategie, die auf die Übernahme zentraler gesellschaftlicher Bereiche – von Regierung über Bildung bis zu den Medien – abzielt.

Diese Entwicklung zeigt sich exemplarisch im Strategiepapier «Project 2025» der «Heritage Foundation». Obwohl offiziell als Reform präsentiert, erkennen Kritiker darin klare dominionistische Züge. Der Kern ist die theonome Überzeugung: Menschliche Gesetze sollen durch «Gottes Gesetz» ersetzt werden, sobald sie mit der christlich-nationalistischen Moral in Konflikt geraten. Diese Grundhaltung ist eine direkte Herausforderung an die Grundlagen des säkularen Rechtsstaats und eine gefährliche Verschiebung vom Auftrag zum Dienst hin zum Anspruch auf Herrschaft.

Die Gefahr für Rechtsstaat und übergeordnete Loyalität



Marc Jost

Quelle: Forum Integriertes Christsein

Der christliche Nationalismus steht damit im Widerspruch zur Idee einer pluralistischen Demokratie. Er fordert die Privilegierung des Christentums durch den Staat. Doch eine Regierung sollte allen Menschen dienen. Der Theologe Thomas K. Johnson erinnert daran, dass Kirche und Staat auf unterschiedliche Weise funktionieren sollten. Die Einsicht, dass Gott allen Menschen gute Ideen schenkt, verlangt von uns Demut. Wer dies vergisst, ersetzt Demut durch einen triumphalistischen Anspruch auf moralische Überlegenheit.

Unsere höchste Loyalität gilt Christus und seinem Reich, das «nicht von dieser Welt» ist. Die Kirche, die aus Menschen aller Nationen und Völker besteht, steht ebenfalls im Widerspruch zum christlichen Nationalismus. Auch in der Schweiz begegnen wir diesen Phänomenen zusehends und es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Ideologien politischer Bewegungen sorgfältig in Treue zu Christus geprüft werden. Nur so können wir verhindern, dass gefährliche Tendenzen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat unterwandern.

Dieser Beitrag ist erschienen bei [Forum Integriertes Christsein](#).

Zum Autor:

Marc Jost ist Berner EVP-Nationalrat. Er lebt in Thun, ist verheiratet und Vater von

vier Kindern. Zudem ist er Beauftragter für Public Affairs der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA-RES) und Präsident der SEA-Arbeitsgruppe Interaction/StopArmut.

Zum Thema:

Talk über (un)gesunden Patriotismus: Verfallen wir einem neuen Nationalismus?
«Christlicher Nationalismus»: Christen sollen dienen - nicht dominieren
Kundgebungen geplant: Warum US-Kirchen nicht mehr Widerstand gegen Trump leisten

Datum: 11.12.2025

Autor: Marc Jost

Quelle: Forum Integriertes Christsein

Tags

Amerika

Europa

Glaube

Christen in der Gesellschaft